

Haushalt 1988 – solide und stabil

Gerhard Stoltenberg: Wachstumskräfte stärken und Arbeitsmarktlage verbessern

Der Bundestag hat am Freitag, 27. November 1987, nach viertägigen Beratungen den Bundeshaushalt 1988 in dritter Lesung verabschiedet. Er sieht einen Anstieg der Ausgaben um 2,4 Prozent auf 275,1 Milliarden DM vor. In namentlicher Abstimmung votierten von 385 anwesenden stimmberechtigten Abgeordneten 228 für das Haushaltsgesetz und 157 dagegen. Größter Einzelat bleibt der Haushalt des Arbeitsministeriums. Er steigt um knapp drei Prozent auf über 60 Milliarden Mark. In der Debatte erklärt Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg:

Aufgrund der guten Fortschritte bei der Rückführung der jährlichen Neuverschuldung von 1982 bis 1986 sowie der international beneideten hohen Preisstabilität gehen wir einen schmalen Weg auf einer festen Grundlage.

Wir müssen uns auf die zentrale, vorrangige Frage konzentrieren, wie wir Wachstumskräfte stärken und die Arbeitsmarktlage verbessern können. Die Aufgabe kann nicht allein der Finanz- und Geldpolitik gestellt werden, die dann nach den Erfahrungen der siebziger Jahre schnell überfordert und überlastet würden.

Eine herausragende Verantwortung tragen vor allem die Tarifpartner, also Gewerkschaften und Arbeitgeber. Tarifautonomie gehört zu den unbestrittenen, großen gesellschaftspolitischen Freiheiten unseres

HEUTE AKTUELL

● Haushalt 1988

Weiter auf dem Weg der Konsolidierung

Das bedeutet:

- ▶ Stabile Preise
- ▶ Mehr Arbeitsplätze
- ▶ Weniger Steuern für alle Bürger
- ▶ Mehr Kaufkraft
- ▶ Stärkung der Wirtschaft
- ▶ Förderung der Familien

Lesen Sie Auszüge aus den Reden von Rudolf Seiters, Alfred Dregger, Rita Süssmuth und Norbert Blüm

● Menschenrechte

Heiner Geißler: Die Zukunft Chiles liegt in der Demokratie. Seite 13

● CDU

Berichte von den Landesparteitagen in Hessen, Berlin und Bremen. Seiten 18–20

● Dokumentation

Die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl im Deutschen Bundestag. Grüner Teil

Staatswesens. Die Wirkungen tarifpolitischer Forderungen und Entscheidungen müssen deshalb selbstverständlich umfassend, offen und kritisch diskutiert werden, jederzeit und gerade heute unter dem Vorzeichen erneut verschärfter Bedingungen des Wettbewerbs um Marktanteile und Arbeitsplätze.

Wenn jetzt eine verstärkte Binnennachfrage noch wichtiger für befriedigendes Wirtschaftswachstum und mehr bezahlbare Arbeit wird, dann muß dies zu Konsequenzen für die tarifpolitischen Prioritäten des Jahres 1988 führen. **Ich bekräftige meine Überzeugung, daß der Spielraum für die kommende Lohnrunde, den ich im einzelnen nicht beschreiben will, für einen Zuwachs der verfügbaren Arbeitnehmer Einkommen genutzt werden sollte, anstelle Kosten durch weitere lineare Arbeitszeitverkürzungen zu erzeugen.**

Die Arbeitszeit in der Bundesrepublik liegt heute bereits mit einer Jahresstundenzahl von rund 1.600 im internationalen Vergleich im untersten Bereich. In der Schweiz wird pro Jahr 200, in Japan 600 und in Süd-Korea mit 2.300 Stunden sogar 700 Stunden länger gearbeitet als bei uns. Wer diese Spanne weiter öffnen will, muß sich darüber im klaren sein, daß er unmittelbar die Rentabilität von Arbeitsplätzen in Frage stellt.

Einige Gewerkschaftsfunktionäre und Kommentatoren wollen der Bundesregierung das Recht absprechen, derartige Auffassungen öffentlich zu äußern. Das ist ein sehr merkwürdiges Demokratieverständnis. Die Bundesregierung ist selbst Tarifpartner für den Öffentlichen Dienst. Sie trägt unternehmerische Verantwortung für eine Vielzahl von Wirtschaftsunternehmen. Und vor allem: Wenn als Folge einer verfehlten Tarif- oder Unternehmenspolitik Arbeitsplätze gefährdet werden, wenden sich Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam an die Bun-

desregierung und fordern hohe Subventionen.

Wir sind kein Reparaturbetrieb für das Fehlverhalten von Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern. Sondern wir beteiligen uns selbstverständlich an der öffentlichen Diskussion, auch über eine Tarifpolitik, die Wachstum, Stabilität und Beschäftigung fördern kann. Mit unserer Steuerpolitik leisten wir einen wichtigen Beitrag für diese Ziele.

Die Stärkung der privaten Nachfrage durch steuerliche Entlastungen ist in einer Situation der Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung wichtig und auch für die Investoren hilfreich.

Vorrangig sind jedoch die dauerhaft wirksamen, positiven Auswirkungen der Steuerreform durch die nachhaltige Verbesserung der Anerkennung beruflicher Leistungen, des volkswirtschaftlichen Anreiz- und Lenkungssystems.

Vor allem sollten wir angesichts der schwierigen weltwirtschaftlichen Lage eine völlig falsch akzentuierte, durch irreführende Behauptungen bestimmte Verteilungsdiskussion, mit der uns die Opposition in den Sommermonaten und bis in die letzten Wochen hinein überschüttet hat, endlich zu den Akten legen. Im Ergebnis werden alle arbeitenden Menschen unseres Landes langfristig von der Steuerreform profitieren. Die nachhaltige Anhebung des steuerfrei zu beziehenden Einkommens — bei einem verheirateten Alleinverdiener mit zwei Kindern um rund 8.000 DM auf künftig über 23.000 DM — stellt sicher, daß auch die unteren Einkommensgruppen über einen spürbar größeren Teil ihres Verdienstes selbst verfügen können.

Die Tarifentlastung bei der Einkommensteuer, die zugleich die wichtigste Unternehmensteuer ist, und die Absenkung der Körperschaftsteuer um sechs Prozent-

punkte macht unser Unternehmensteuersystem international konkurrenzfähiger.

Gleichzeitig werden im erheblichen Umfang steuerliche Subventionen abgebaut, Privilegien eingeschränkt und die Erfassung der steuerpflichtigen Einkünfte gleichmäßiger und gerechter gestaltet. Ebenso wie die Tarifentlastung wird die Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage in allen Einkommensgruppen, bei Unternehmern wie bei Arbeitnehmern wirksam. Natürlich werden die gut Verdienenden durch die Progressionswirkung vom Subventionsabbau, der Einschränkung steuerlicher Ausnahmen absolut viel stärker betroffen werden als diejenigen, die über ein geringeres Einkommen verfügen.

Die Kritik an den vereinbarten Maßnahmen, vor allem durch Verbände und Gewerkschaften ist natürlich nicht überraschend. Sie erweist sich jedoch ganz überwiegend als einseitige Interessenpolitik, als die Verteidigung von nicht mehr zu rechtfertigenden einseitigen Besitzständen privilegierter Minderheiten.

Was wir stattdessen brauchen, ist der gemeinsame Wille, das Notwendige zur Stärkung unserer Volkswirtschaft entschlossen durchzusetzen. Auch die SPD sollte, statt die ungerechtfertigten Vorteile einzelner Gruppen zu verteidigen, sich den wirklichen Problemen unserer Zeit zuwenden. Es ist schon abwegig, wie die SPD vehement die maßvolle Einschränkung bestehender überhöhter Privilegien in einen Teilbereich der Arbeitnehmerrabatte bekämpft, die nur einem sehr kleinen Teil der arbeitenden Menschen zugute kommen und von den anderen Arbeitnehmern durch eine viel zu hohe Tarifbelastung finanziert werden müssen.

Genausowenig glaubwürdig ist die Wiederholung sattsam bekannter Behauptungen durch Herrn Walther und Herrn Apel

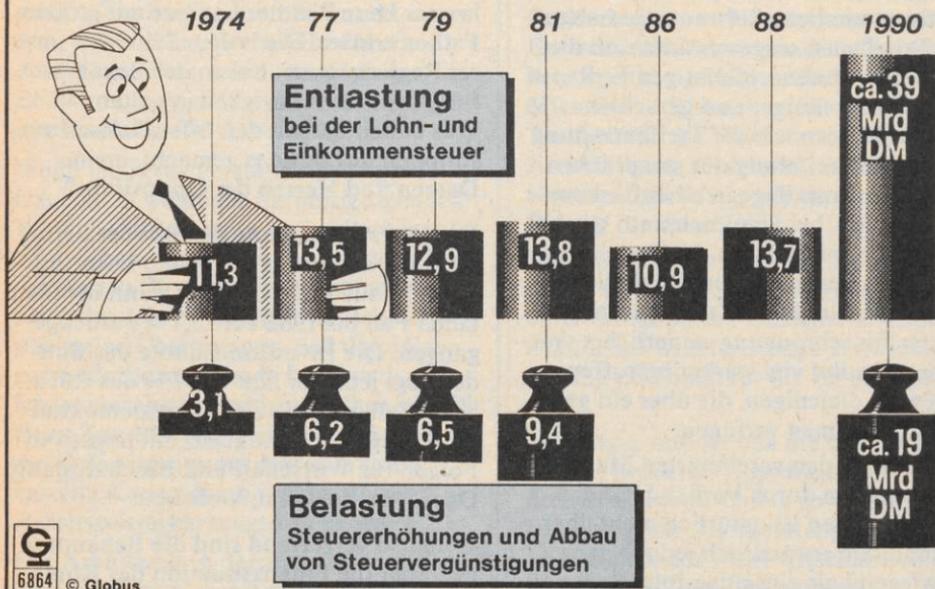
anlässlich der zweiten Lesung am Mittwoch, die Bundesregierung habe die öffentlichen Investitionen verkommen lassen. Herr Walther hat hier mit großem Pathos erklärt: Die hohen Schulden unserer Regierungszeit haben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegolten. — Was haben Sie mit den öffentlichen Investitionen des Bundes gemacht, meine Damen und Herren der Opposition?

Die Investitionsquote des Bundes betrug 1969 17 %. Sie stieg die ersten Jahre an, bis 1973 auf 18,7 %, und ist dann in einem jähen Fall bis 1982 auf 13,1 % zurückgegangen. Die Investitionsquote des Bundes liegt jetzt bei 12,9 %. 97 % des Rückgangs fallen in die Zeit sozialdemokratischer Regierungstätigkeit, mit negativen Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung. Das ist die schlichte Wahrheit.

Genauso verzerrend sind die Behauptungen über die Finanzsituation der Kommunen. Die höchsten Defizite der Städte, Kreise und Gemeinden hatten wir in den Jahren 1981 und 1982 mit 10,1 bzw. 7,3 Milliarden DM. 1986 betragen die Defizite der Städte, Kreise und Gemeinden nur noch 1,6 Milliarden DM. Sie wuchsen in diesem Jahr auf über drei Milliarden DM an, liegen damit aber lediglich ein Drittel so hoch wie im Jahre 1981. Die SPD ist wirklich nicht geeignet, sich hier als der Anwalt der Städte, Kreise und Gemeinden und ihrer Investitionen darzustellen. Die Sachinvestitionen der Städte, Kreise und Gemeinden sind in Ihren letzten drei Regierungsjahren zurückgegangen. Sie sind seit 1984 wieder um 13 % angestiegen, im ersten Halbjahr dieses Jahres noch einmal um drei Prozent. Die Tatsachen widerlegen Sie, meine Damen und Herren der Opposition. Das, was Sie dem deutschen Volk durch falsche Behauptungen unbeirrt vormachen wollen, bedarf der Richtigstellung.

Bilanz der Steuerreformen

in Milliarden DM



Steuersenkung wie nie zuvor

Der Staat hat zwar schon in den Jahren 1974, 1977, 1979 und 1981 Steuersenkungen vorgenommen. Aber entweder gab er dabei nur die Erträge einer heimlichen Steuererhöhung zurück oder er sorgte durch die Erhöhung anderer Steuern oder den Abbau von Steuervergünstigungen dafür, daß die Steuerzahler per saldo nicht nennenswert entlastet wurden.

Das ist in der steuerpolitisch wichtigen Zeit von 1986 bis 1990 anders. Der Staat will in einer dreistufigen Steuerreform tatsächlich die Steuerlast der Bürger und der Unternehmen senken. Die erste Stufe von 1986 brachte den Steuerpflichtigen fast elf Mrd. DM Entlastung und keine kompensierende Belastung. Die zweite Stufe wird 1988 wirksam und bringt Erleichterungen von 13,7 Mrd. DM, wiederum ohne einen anderweitigen Finanzierungsbeitrag. Die dritte Stufe schließlich, die für 1990 geplant ist, soll Steuererleichterungen in Höhe von 39 Mrd. DM bringen.

Kernstück dieser dritten Stufe ist die Einführung eines Einkommensteuertarifs mit einem gleichmäßigen, linear ansteigenden Progressionsverlauf und deutlich niedrigeren Steuersätzen. Rund 19 Mrd. DM der für 1990 geplanten Steuersenkungen sollen allerdings finanziert werden durch den Abbau von Steuervergünstigungen, so daß unter dem Strich 1990 nur rd. 20 Mrd. DM an Entlastung bleiben.

Alle drei Stufen zusammen sind das größte Steuersenkungsprogramm, daß es jemals in der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat.

Rudolf Seiters:

SPD ohne Alternative

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, sagte in der Haushaltsdebatte u. a.:

Die Parlamentsdebatte um den Bundeshaushalt 1988 hat wieder einmal gezeigt, daß die SPD sich seit 1982 nicht hat politisch regenerieren können. Sie ist weder in der Lage eine akzeptable Alternative zur Steuerreform der Bundesregierung und der Koalition vorzulegen, noch kann sie ein geschlossenes Konzept zur Wirtschafts- und Finanzpolitik anbieten.

Die Steuerreform — das werden unsere Bürger selber spüren — bringt die größte steuerliche Entlastung, die es in der Geschichte der Bundesrepublik jemals gegeben hat; und zwar für breiteste Schichten der Bevölkerung. Diese Steuerreform ist wirtschaftspolitisch, konjunkturpolitisch und sozialpolitisch notwendig und richtig. Sie verbessert die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sie stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, sie stützt unsere Konjunktur, sie erfüllt unsere internationalen Zusagen — und ihre Entlastungswirkungen sind gerecht verteilt. Sie ist schließlich auch wichtig mit Blick auf die internationale Entwicklung der Wechselkurse und die Unsicherheit an den Börsen. Arbeitnehmer und Unternehmen werden insgesamt in den drei Stufen der Steuerreform um etwa 50 Milliarden DM netto von ihrer Steuerlast befreit.

Was die SPD verschweigt

Die SPD hat wider besseren Wissens über Wochen und Monate den Bürgern einzureden versucht, die Bundesregierung plane eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, wolle

die Arbeitnehmerfreibeträge kürzen oder sogar neue Steuern einführen. Das Gegenteil ist richtig:

- Die SPD verschweigt wider besseren Wissens, daß ab 1990 Steuerpflichtige mit niedrigem Einkommen und Familien durch die Steuerreform deutlich stärker entlastet werden als es ihrem Beitrag zum Steueraufkommen entspricht.

- Die SPD verschweigt, daß allein durch die Anhebung des Grundfreibetrages um 1.080 DM für Ledige und 2.160 DM für Verheiratete über 500.000 Arbeitnehmer künftig völlig aus der Besteuerung herausfallen.

- Die SPD verschweigt, daß die Absenkung des Eingangsteuersatzes von 22 auf 19 Prozent eine zusätzliche Entlastung unterer Einkommen im Umfang von fast 7 Milliarden DM bedeutet.

Das steuerfreie Einkommen für einen Verheirateten mit zwei Kindern steigt von 13.955 DM im Jahre 1985 auf rund 23.500 DM 1990. **Was ist dagegen einzuwenden?**

Der Durchschnittsverdiener, verheiratet, 2 Kinder, wird 1990 gegenüber 1985 um rund 2.000 DM in der Regelbesteuerung entlastet. **Was ist dagegen einzuwenden?**

Bis zum vergangenen Jahr mußte der durchschnittlich verdienende Arbeitnehmer bei einer Lohnerhöhung von 100 DM pro Monat 45 DM zusätzlich an den Staat abführen. Da alle Grenzsteuersätze durchgehend gesenkt werden, wird er 1990 für die gleiche Erhöhung nur noch 28 DM an Steuern zu zahlen haben — dies alles ohne Anhebung der Mehrwertsteuer, ohne Anhebung von Verbrauchssteuern, ohne Kürzung der Arbeitnehmerfreibeträge, bei Preisstabilität und steigenden Reallöhnen.

Diese Steuerreform ist gesamtwirtschaftlich vernünftig und sozial ausgewogen und es wäre ja wohl noch schöner, wenn sich die Bundesregierung und die Koalition ihretwegen ausgerechnet der SPD gegenüber verteidigen müßten, die den Bürgern unseres Landes in ihrer Regierungszeit insgesamt 17mal eine Erhöhung der Verbrauchssteuern und zweimal eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zugemutet hat.

Auch in der Wirtschaftspolitik ist die SPD ohne Alternative: Unsere Politik hat die Vernichtung von Arbeitsplätzen gestoppt. Wir haben langsam, Schritt für Schritt neue Arbeitsplätze geschaffen. Zwischen März 1983 bis 1987 hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland um fast 800.000 erhöht. Dies ist eine gewaltige Leistung und der Aufbau dieser Beschäftigung hat sich nur deshalb nicht in einen Abbau der Arbeitslosigkeit umgesetzt, weil zwischen 1983 und 1987 das Erwerbspersonenpotential um ebenfalls rund 830.000 gestiegen ist. Das heißt: Unsere Aufgabe hat nicht nur darin bestanden und besteht nicht nur darin, die von der SPD zu verantwortende Massenarbeitslosigkeit der Jahre 1981 und 1982 abzubauen, sondern auch darin, Arbeitsplätze zu schaffen für die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt auf den Arbeitsmarkt drängen, und insbesondere auch für Frauen, die sich vermehrt um eine Erwerbstätigkeit bemühen.

Mit anderen Worten: Hätten wir durch unsere Wirtschaftspolitik nicht diese enorme Zunahme der Beschäftigung erreicht, dann hätten wir heute in der Bundesrepublik Deutschland weit über drei Millionen Arbeitslose, genau die Zahl, die die Sachverständigen bei einer Fortführung der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik vorhergesagt haben.

Wir geben uns mit den bisherigen Erfolgen nicht zufrieden. Die Zahl der Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist von 1982 bis 1987 von 29.000 auf 120.000 gestiegen. Die Zahl der Eintritte in geförderte Qualifizierungsmaßnahmen ist im gleichen Zeitraum von 265.500 auf 600.000 angehoben, der Anteil der Arbeitslosen bei diesen Qualifizierungsmaßnahmen stieg von 55 auf 66 Prozent. Ich erinnere an das Vorruhestandsgesetz, von dem über 100.000 Arbeitnehmer Gebrauch gemacht haben. Ich nenne das Beschäftigungsförderungsgesetz, ich nenne den geplanten Sozialversicherungsausweis im Kampf gegen illegale Beschäftigung, ich nenne die 8. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, das insbesondere Hilfen für ältere Arbeitnehmer gewähren wird. Wir haben die Mittel für die Werften erhöht, für den Stahlbereich hat allein der Bund seit 1983 mit 2,5 Milliarden DM geholfen, und der Arbeitsminister hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß diese Bundesregierung zur sozialen Flankierung in den Krisenbranchen mehr getan hat und mehr tut als jede Bundesregierung zuvor. Wir haben die Bundesmittel für die Städtebauförderung zunächst verdreifacht und geben jetzt auch in den kommenden Jahren jeweils 660 Millionen DM, mit beachtlichen positiven Wirkungen für unsere Städte, für unsere Dörfer und für die Beschäftigung. Ähnliches gilt für die sinnvollen Maßnahmen im Umweltschutz.

Statt dessen schlägt die SPD erneut wirkungslose Beschäftigungsprogramme vor, wo doch offensichtlich ist, daß trotz 17 Beschäftigungsprogrammen, die insgesamt 50 Milliarden DM gekostet haben, in den letzten Jahren der Regierung Schmidt zwischen März 1980 und 1983 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland um 953.000 gesunken ist.

Alfred Dregger:

Wir dürfen vor unrechtmäßiger Gewalt nicht kapitulieren

In der 3. Lesung des Bundeshaushalts 1988 führt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, u. a. folgendes aus:

Die Demokratie kann sich gegen ihre Feinde nur behaupten, wenn sie von den Demokraten gemeinsam verteidigt wird. Unser Staat kann sich gegen äußere Gefährdung nur schützen, wenn seine äußere Sicherheit unser gemeinsames Anliegen ist. Auch in der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik sollte es in diesem Hause Gemeinsamkeiten geben; denn wir alle wissen, daß unser Volk, auf die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft und auf den weltweiten Absatz ihrer Produkte existentiell angewiesen ist.

Aus all diesen Gründen darf dieses Haus nicht nur Kampfplatz parlamentarischer, nicht selten polemischer Auseinandersetzungen sein, hinter denen sich Rechthaberei und Ratlosigkeit verbirgt. Der Bundestag muß auch Forum gemeinsamer Überlegungen sein; insbesondere dann, wenn neue Tatbestände neue Entschlüsse erfordern.

Gemeinsame Überlegungen und die Suche nach gemeinsamen Lösungen setzen voraus, daß wir uns gegenseitig respektieren. Regierung und Opposition stehen sich in der parlamentarischen Demokratie als Gegenspieler, als Gegner gegenüber, nicht als Feinde.

Es ist die gemeinsame Bindung an die Verfassung, die Respektierung der Menschenwürde des anderen, wozu auch der Schutz der Privatsphäre gehört, was den demokratischen Konsens ausmacht. Kein

politisches Ziel, keine politische Lage können es rechtfertigen, diesen Konsens zu verletzen.

Das muß auch bei der Aufklärung schlimmer Vorgänge gelten. Es widerspricht menschlichem Anstand, persönliche Schuld auf davon nicht Betroffene übertragen zu wollen. Ich denke, daß das alle Seiten beachten sollten.

Innere Sicherheit

In der Politik der inneren Sicherheit sind Korrekturen, auch Selbstkorrekturen, erforderlich. Der Bundesvorstand der FDP hat dazu ein Zeichen gesetzt. Der Parteivorsitzende der FDP, Bundeswirtschaftsminister Bangemann, hat das überzeugend begründet. Ich warne wie er davor, die sich darin zeigende Fähigkeit zur Selbstkorrektur jetzt als Schwäche oder Umfall oder ähnliches zu diffamieren.

Wenn sich die Umstände ändern, müssen sich auch die politischen Bewertungen ändern. Und die Umstände haben sich geändert.

Die Gewalt der öffentlichen Demonstrationen geht nicht mehr — wenn es denn jemals so war — von jugendlichem Überschwang aus. Heute sind Profis am Werk. Ihre Gefährlichkeit nimmt zu. 1984 sind 139, 1987 schon 818 Polizeibeamte im Einsatz verletzt worden. Zwei Beamte wurden im Zuge einer Gewaltdemonstration ermordet.

Wir können unrechtmäßige Gewalt nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß wir vor ihr kapitulieren. Die schwerwiegendere Fehlentscheidung des Hamburger Senats wurde nicht jetzt, sondern bereits

vor sechs Jahren getroffen. Damals verzichtete er darauf, besetzte Häuser unverzüglich, d.h. binnen 24 Stunden räumen zu lassen, wie es in anderen Bundesländern geschieht.

Wer das staatliche Gewaltmonopol aufweicht und dem Faustrecht Raum schafft, kommt in eine ausweglose Lage. So sehr der „Friedensvertrag mit der Hafensstraße“, wie es in der „Bild-Zeitung“ hieß, zunächst als Erleichterung empfunden wird; in Wahrheit ist er eine schwere Niederlage des Rechtsstaates. Niemand von uns hat Anlaß, diese Niederlage von Recht und Gesetz als Sieg zu feiern.

Der äußere Frieden

Auch die Wahrung des äußeren Friedens, die Wahrung der Sicherheitsinteressen des deutschen Volkes stellt uns vor neue Herausforderungen. Die zwischen den beiden Weltmächten vereinbarte sog. doppelte Null-Lösung wird die Sicherheitsstrukturen Europas verändern.

Wir haben der doppelten Null-Lösung zugestimmt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Die einen sehen in jeder Abrüstung einen Gewinn — ohne Rücksicht darauf, welche Auswirkungen das auf das Gleichgewicht der Kräfte und damit auf unsere Sicherheit hat. Die anderen — zu denen wir gehören — sind der Meinung, daß Abrüstung gut ist, wenn sie zu mehr Gleichgewicht führt, zu mehr Sicherheit für alle, auch für uns.

Wir, die Union, begrüßen die doppelte Null-Lösung als Einstieg in weitere Abrüstungsmaßnahmen, die durch die Teilabrüstung im atomaren Mittelstreckenbereich nicht überflüssig geworden sind, sondern an Dringlichkeit gewonnen haben.

Zum Haushalt:

Wir verabschieden heute einen nationalen Haushalt vor dem Hintergrund europäischer und weltwirtschaftlicher Unsi-

cherheit. Wenn wir ihn trotzdem auf feste Daten stützen und die Risiken eingrenzen können, dann aufgrund unserer Konsolidierungserfolge seit 1982, seit Übernahme der Kanzlerschaft durch Helmut Kohl.

Um die finanzpolitische Wende zu verdeutlichen: In der Ära Brandt/Schmidt stiegen die Bundesausgaben im Jahresdurchschnitt um neun Prozent, von 1983 bis 1986 stiegen sie jährlich nur noch um 1,7 %. Das hat nicht nur zu totaler Geldwertstabilität, zu realem Wirtschaftswachstum und zur Vermehrung der Arbeitsplätze um netto über ca. 600 000 beigetragen, diese Konsolidierungsleistung hat uns auch ein Stück Handlungsfähigkeit zurückgewonnen, die wir in der kommenden Zeit benötigen werden.

Um den Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft zu begegnen, müssen die USA ihr Haushaltsdefizit verringern durch Ausgabenkürzung und Steuererhöhung. Dazu sind in Washington erste Entscheidungen gefallen; die wir begrüßen. Die Überschußländer Japan und Deutschland werden aufgefordert, das Gegenteil zu tun. Von ihnen wird erwartet, daß sie ihre Haushaltsdefizite erhöhen.

Wir tun das vor allem durch unsere Politik der Steuersenkung. Sie war von Anfang an nicht nur binnen-, sondern auch außenwirtschaftlich orientiert. Dieser außenwirtschaftliche Aspekt gewinnt jetzt an Bedeutung. Es ist selbstverständlich, daß die Bundesregierung Optionen vorbereiten muß für den Fall, daß zusätzlicher Handlungsbedarf entsteht. Das geschieht. Im internationalen Vergleich stehen wir gut da. Die Politik von Regierung und Koalition hat das möglich gemacht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt nicht nur das Zahlenwerk des Bundeshaushalts 1988, sondern auch die Politik, die sich darin ausdrückt.

Rita Süßmuth:

Zukunftschancen verbessern

Bundesministerin Rita Süßmuth erklärte vor dem Deutschen Bundestag am 26. November 1987:

„Unter den Herausforderungen, die wir als lebensbedrohlich erfahren, hat AIDS einen besonders hohen Stellenwert. Ich möchte hier noch einmal betonen, daß sich die Bundesregierung dieser Krankheit von allem Anfang an sehr verantwortungsvoll gestellt, nicht abgewartet, sondern gehandelt hat. Aufklärung und Beratung sind die wichtigsten Aufgaben, solange wir keine Heilmittel haben. Denn nichts ist wichtiger, als sich vor dieser Krankheit zu schützen. Kein Staat, selbst der nicht, der sich als besonders stark — wo immer — gerieren möchte, ist auf diesem Feld von der Eigenverantwortlichkeit seiner Bürger unabhängig. Ohne diese Eigenverantwortlichkeit kann er die Krankheit nicht bekämpfen. Es geht zugleich darum, Kranke und Infizierte zu betreuen: stationär und ambulant im medizinischen Bereich sowie im Bereich einer umfassenden Lebenshilfe, wie sie uns besonders bei den Drogenabhängigen erforderlich scheint. Unser nächster Schwerpunkt wird noch stärker als bisher in der Arbeit mit den Drogenabhängigen liegen, weil hier eine besondere Gefahrenquelle besteht.

Die Lebensbedrohung, die von AIDS ausgeht, spüren viele Mitbürger. Täglich überschütten die Medien sie mit neuen Informationen. Hierunter sind viele, die aufklären. Aber vieles dient auch eher einer Sensationssucht und einer Vernebelung. Wenn etwa — wie in einem der jüngsten „Spiegel“-Artikel — Horrorgemälde ohne verlässliche Zahlenbasis gemalt werden, wenn Bürger in Panik ver-

setzt werden, wenn fälschlich behauptet wird, die ansteckenden Retroviren flögen durch die Luft, wenn in apokalyptischen Visionen Untergangsstimmung verbreitet wird, dann werden hier Bürger in massiver Weise falsch informiert, verunsichert und in Angst versetzt. Dies halte ich für unerträglich. Wir brauchen hier gerade im Bereich der Medien ein besonders hohes Verantwortungsbewußtsein.

AIDS geht alle an. Unser Kampf gegen AIDS ist ein Kampf gegen Krankheit, Leiden und Tod. Dieser Kampf wird von den direkt und indirekt Betroffenen sehr hautnah und sinnlich erfahren. Gerade Infizierte und Kranke vermitteln uns ihre Liebe zum Leben, ihre Hoffnung auf Leben. Sie verpflichten uns auf das Leben: das gesunde und das kranke, das geborene wie das ungeborene. Darum müssen wir mehr tun, um die Zukunftschancen für beides — aber auch, das sage ich hier genauso nachdrücklich, für das ungeborene Leben — zu verbessern.

Das gilt für die materiellen Lebensbedingungen, aber es geht um mehr als um die materiellen Voraussetzungen. Es geht um Lebensbejahung, um Achtung menschlichen Lebens und um Engagement für die Betroffenen. **Die Erhöhung der Mittel für die Stiftung „Mutter und Kind“ um 30 Millionen, die Verlängerung des Erziehungsgeldgesetzes mit dem Urlaub, das von 100 Prozent der Nichterwerbstätigen, von 94 Prozent der Erwerbstätigen und von nahezu allen Alleinerziehenden in Anspruch genommen wird, all das sind Maßnahmen, die hier sehr oft verteuftelt worden sind, zu denen ich aber nur feststellen kann: Die Inanspruchnahme spricht eine andere Sprache.**

Norbert Blüm:

Solidarität und Eigenverantwortung sind gefragt

Bundesminister Norbert Blüm erklärte vor dem Deutschen Bundestag am 26. November 1987:

„Solidarität unterscheidet sich von der Nächstenliebe eigentlich nur dadurch, daß sie organisiert und institutionalisiert werden muß. Krank kann jeder werden, und wer krank ist soll geheilt werden, ob reich, ob arm, ob jung, ob alt, das darf keine Rolle spielen. Die Solidarität gehört den Kranken ohne Rücksicht auf ihren Geldbeutel. Das bleibt Grundsatz auch unserer Reform.

Die Krankenversicherung kann allerdings das übermenschliche Versprechen nicht einlösen, daß sie alles kann und alles heilt. Sie ist nicht die große Mutter, die allen Menschen alle Schwierigkeiten nimmt. Auch die gute Mutter muß ihre Kinder zur Selbständigkeit erziehen.

Wir wollen Eigenverantwortung und Solidarität, Freiheit und Sicherheit. Es ist die große Aufgabe der Sozialpolitik, diese beiden bedeutenden Prinzipien in Balance zu bringen.

Für Gesundheit geben die Bundesbürger so viel aus wie der Haushalt ausmacht, den wir heute beschließen: rund 250 Milliarden Mark, die Hälfte davon allein über die gesetzliche Krankenversicherung. 1960 gab die Krankenversicherung neun Milliarden Mark aus, zehn Jahre später 24 Milliarden Mark, noch einmal zehn Jahre später 86 Milliarden Mark. Inzwischen sind wir bei 125 Milliarden Mark angekommen.

Die Solidareinrichtung Krankenversicherung würde bei unveränderter Kostenstei-

gerung in einen Krieg mit den Arbeitslosen geraten; denn die hohen Lohnnebenkosten nehmen den Unternehmen das Geld, das sie brauchen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Beitragssteigerung in der gesetzlichen Krankenversicherung dieses und nächsten Jahres werden den Beitragszahlern 22 Milliarden Mark — nur durch Beitragssteigerung! — mehr aus der Tasche holen. Das ist fast so viel wie der gesamte Nettoeffekt der Steuerreform. Würden wir keine Krankenversicherungsreform durchführen, würden wir uns um den Erfolg der Steuerreform bringen.

Wenn alles gutgeht und wenn wir trotz voraussehbarer Demonstrationen und Proteste den Mut behalten, eine Krankenversicherungsreform durchzuführen, werden wir wahrscheinlich 14 Milliarden Mark sparen. Das ist so viel, wie die Beitragsatzsteigerungen seit drei Jahren ausmachen.

Die Krankenversicherungsreform wird zur Mutprobe. Sie wird zum Test der Gemeinwohlfähigkeit der Gesellschaft. Die Nagelprobe werden wir diesmal niemand ersparen können, die Nagelprobe, ob er über Gruppeninteressen hinausdenken kann: Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Arzneimittelhersteller, Heilberufe, Länder, Krankenhäuser, Versicherte — alle. Sparen, um zu Gestalten — das ist die Fähigkeit zur Prioritätensetzung. Insofern besteht die Kunst des Möglichen im Mut, auf Überflüssiges zu verzichten, damit das Notwendige bezahlt werden kann. Und es gibt keinen Zweifel, daß es in unserem System große Flächen der Über-

versorgung, aber auch ganze Landstriche der Unterversorgung gibt.

Ich sehe ein großes, weites Feld in der Pflege. Mit zunehmender Lebensdauer, mit zunehmendem Lebensalter nimmt der Bedarf zu. Wir haben — das ist ein Eingeständnis — bis heute keine befriedigende Antwort gegeben.

Wir wollen einen ersten Schritt tun und besonders jene unterstützen, die zu Hause Schwer- und Schwerstpflegebedürftige versorgen. Sie sollen nicht allein gelassen werden. Wir können ihnen nicht alle Last abnehmen, aber sie sollen unterstützt werden. Wer rund um die Uhr einen Pflegebedürftigen in Obhut nimmt, ist häufig an seine Aufgabe gefesselt. Wir wollen ihm helfen, damit er sich zu seiner Unterstützung wenigstens zeitweise eine Pflegekraft nehmen kann oder auch einmal Urlaub machen kann und dadurch entlastet wird.

Ich warne davor, Selbstbeteiligung zum Patentrezept zu erklären. In Zeiten wachsenden Wohlstands rechnen die Versicherten nicht nur mit dem, was sie zuzahlen müssen, sondern in ihr Kalkül geht auch ein, was sie trotz Selbstbeteiligung von der Krankenversicherung erhalten können. Bei einem Zahnersatz von 10 000 Mark bezahlt die Kasse — trotz 40 %iger Selbstbeteiligung — mehr als bei einem Zahnersatz von 5 000 Mark. Die Mentalität „Wie kann ich die Solidargemeinschaft melken?“ wird durch keine Selbstbeteiligung gebremst. Unsere Vorschläge zielen auf das Notwendige ohne Selbstbeteiligung ab; aber oberhalb des Notwendigen greift die volle Zuzahlung.

Wir wollen erkunden, wie Eigenverantwortung auch prämiert werden kann. Wir werden auch der Vorsorge einen größeren Spielraum einräumen.“

Keine Massenentlassungen in Rheinhausen

Zur Diskussion über die Schließung des Krupp-Stahlwerkes Rheinhausen erklärt der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende und nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Wir meinen es ernst mit der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb lassen wir die Stahlarbeiter nicht im Stich. Der notwendige strukturelle Wandel darf nicht in einen freien Fall übergehen. Denn das hieße für die Beschäftigten das Aus und für die Regionen das K. o.

Deshalb: Es darf keine Massenentlassungen geben. Ich werde — wie bisher — meine Kraft für sozial befriedigende Lösungen einsetzen. Rheinhausen ist eine Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit und Vertragstreue der Stahlunternehmer. Sie haben sich in der Frankfurter Vereinbarung mit der IG Metall verpflichtet, auf

Massenentlassungen zu verzichten und Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Diese Vereinbarung wird von der Bundesregierung mit zusätzlich 300 Millionen Mark unterstützt. Die Vorstandsvorsitzenden von Krupp-Stahl, Thyssen-Stahl und Mannesmannröhren-Werke stellen dieses Abkommen nicht in Frage. Das haben sie mir gegenüber erklärt und zudem versichert, daß die Entscheidung über Rheinhausen noch nicht getroffen ist und Alternativen durchgerechnet werden.

Ich werde darauf achten, daß die Zusagen eingehalten werden und weiterhin daran arbeiten, daß die Probleme durch Kooperation und nicht durch Konfrontation gelöst werden. Deshalb bemühe ich mich auch in Zukunft, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Gespräch bleiben und zu einvernehmlichen Lösungen kommen.

Richard von Weizsäcker

Demokratie macht Skandale erst sichtbar

Bundespräsident Richard von Weizsäcker gab den „Bonner Perspektiven“ (29. 11. 1987) folgendes Interview:

Frage: *Der Rechtsstaat verliert ja nicht nur in Hamburg und Frankfurt an Glaubwürdigkeit, sondern auch in Kiel, nach der Affäre Pfeiffer/Barschel. Die eine Partei glaubt, sie habe die Moral gepachtet, die anderen Parteien denken lieber schon an den nächsten Wahlkampf, statt Konsequenzen zu ziehen. Sehen Sie eigentlich in Kiel eine andere, eine selbstkritischere politische Kultur?*

Antwort: *Also zunächst einmal, daß an den nächsten Wahlkampf gedacht wird, das ist ja völlig legitim. Die Demokratie ist kein Harmoniebündnis, sondern eine streitige, freie und offene Auseinandersetzung über den besten Weg. Und in der muß auch entschieden werden. Und das geschieht bei der Wahl. Also, sich auf den Wahlkampf vorzubereiten ist völlig richtig. Aber ich möchte doch auch ausdrücklich in dem Zusammenhang sagen: natürlich gibt es bei den Politikern immer wieder Anlaß zur Klage über einzelne, kleinere oder größere und ganz schlimme Dinge. Deswegen sollten wir aber nicht die Betätigung in der Politik als solche verteufeln. Die vielen Menschen, die sich engagieren, gerade in den kommunalen politischen Aufgaben, die sich engagieren innerhalb oder außerhalb von Parteien, sind es doch, die sich nicht damit begnügen, zu kritisieren, sondern die die Sachen verbessern wollen und sich selber auch dafür einsetzen wollen. Und die gilt es zu ermutigen und nicht zu entmutigen. Wir haben uns in Kiel — aber nicht nur in Kiel — mit schweren Vorkommnissen auseinandersetzen. Ernsthaft kann doch nach meinem Eindruck auch nicht gezeugnet werden, daß alle davon sich in der Tiefe betroffen fühlen und sich damit*

auseinandersetzen. Auch wenn sie dabei natürlich versuchen, die eigene Position gegenüber den anderen nicht besonders schlecht aussehen zu lassen.

Ich glaube, alle sind wirklich nicht nur betroffen, sondern auch mit der Frage beschäftigt, was daraus zu lernen ist. Die Mittel, die man einsetzt, müssen den hehren Zielen, die man verkündet, auch entsprechen. Nur wir sollten, was die Demokratie anbetrifft, uns doch darüber im klaren sein, daß es doch nicht die Demokratie ist, die einen Skandal hervorruft, sondern es ist die Demokratie, die einen Skandal sichtbar macht. Und das unterscheidet sie ja gerade vorteilhaft von anderen politischen Systemen. Die Demokratie also eröffnet uns die Möglichkeit, mit bösen Ereignissen und Skandalen fertig zu werden. Sie bietet nicht die Garantie, aber sie bietet die Chance. Das, was für die Demokratie gefährlich sein kann, ist, daß sie vielleicht mit den Problemen nicht angemessen fertig wird oder daß sie zu sehr im Alltag lebt und zu wenig an die langfristige Zukunft denkt: an die Frage der wachsenden Weltbevölkerung mit ihrem Hunger, an die Gefährdung für die Natur, an die unbewältigte Frage, wie wir mit unserem technischen Fortschritt fertig werden. Es ist bequemer, sich dem heutigen Alltag und Konsum zu widmen, als diese langfristigen Fragen rechtzeitig zu bedenken.

„Perspektiven“ heißt die Sendung. Um diese Perspektiven geht es, an denen sich die Demokratie bewähren muß. An den Skandalen geht die Demokratie nicht zugrunde. Wenn es eine Gesellschaftsordnung gibt, die mit den Schwächen des Menschen immer wieder fertig werden kann, dann ist es die Demokratie. Da brauchen wir in keiner Weise den Kopf hängen zu lassen.

Heiner Geißler:

Die Zukunft Chiles liegt in der Demokratie

Heiner Geißler gab am 30. November 1987 vor der Presse folgenden Bericht über seine Lateinamerika-Reise: Im Mittelpunkt der vom 21. bis zum 28. November 1987 durchgeführten Reise stand die Teilnahme an der Vorstandssitzung der Christlich Demokratischen Internationale, deren Vizepräsident ich bin. Die Sitzung fand in Santiago de Chile statt.

Auf dem Hinweg hatte ich Gelegenheit, in Buenos Aires mit dem Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Partei, Herrn Auyero, sowie mit dem Gouverneur der Provinz Buenos Aires, dem Reformperonisten Cafiero, und mit deutschen Unternehmern zu sprechen. In Mar del Plata nahm ich am 9. Kongreß der Central Latinoamericana de Trabajadores (CLAT) teil und führte Gespräche mit Gewerkschaftern verschiedener Länder.

Im Mittelpunkt der Beratungen des Vorstandes der Christlich Demokratischen Internationale, der in Santiago de Chile tagte, standen folgende Themen:

- die Friedensmöglichkeiten für Zentralamerika,
- die Situation in Korea,
- die Entwicklung auf den Philippinen sowie
- die politische Lage in Chile.

Meine Eindrücke von der Lage in Chile fasse ich wie folgt zusammen:

1. Die Menschenrechtsverletzungen gehen weiter, von vielen Gesprächsteilnehmern wurde mir bestätigt, daß in Chile weiterhin gefoltet wird. Das Ver-

halten der chilenischen Justizbehörden beleuchtet — stellvertretend für viele andere Fälle — der Fall Dr. Ramiro Olivares, der als Arzt in der Vicaria de la Solidaridad arbeitete und seit über einem Jahr inhaftiert ist mit der Begründung, er habe einen Terroristen medizinisch versorgt. Ein anderer Fall ist der der deutschstämmigen 26jährigen Karin Eitel, die seit zwei Monaten in Einzelhaft gehalten wird mit der Begründung, sie habe private Kontakte zu einem angeblichen Terroristen unterhalten. Ein Gerichtsarzt stellte nach Presseberichten im Fall von Frau Eitel „äußere Verletzungen“ fest, die aus ihrer Haftzeit stammen.

Im Falle der 15 Chilenen habe ich die auch bereits von Norbert Blüm geäußerte Haltung bekräftigt, daß die Bundesrepublik Deutschland bereit sein sollte, diese Angeklagten dann aufzunehmen, wenn auf andere Weise ihre Hinrichtung nicht abgewendet werden kann.

Ich habe die chilenische Regierung auch in Santiago de Chile öffentlich aufgefordert, von ihrer Politik der Mißachtung der Menschenrechte abzulassen.

Diese Haltung vertritt die CDU seit vielen Jahren. Ich verweise insbesondere auf einen Beschluß des Bundesausschusses der CDU vom 9. Dezember 1985, in dem es heißt: „Für uns Christliche Demokraten gelten die Menschenrechte weltweit und sind unteilbar. Wir verurteilen deshalb sowohl die Unterdrückung der Menschen durch die Linksdiktatur der Sandinisten in Nicaragua als auch durch die Rechtsdiktatur Pinochets in Chile; wir verurteilen ebenso die Menschenrechts-

verletzungen durch die kommunistische Diktatur in der Sowjetunion. Wir fordern die Sowjetunion auf, den Völkermord in Afghanistan zu beenden. Wir fordern die Verantwortlichen in Südafrika auf, die Apartheid zu beseitigen.“

2. Das von der Militärjunta vorgeschlagene Plebiszit ist nach meiner Meinung und nach der Meinung der Führer der demokratischen Oppositionsparteien kein Weg zur Demokratie, sondern — wegen der besonderen Machtrolle des nationalen Sicherheitsrates — ein Schritt zur Festigung der Militärherrschaft. Ich habe meinen Gesprächspartnern dazu geraten, in ihren Bestrebungen für freie Wahlen fortzufahren und eine Kampagne für ein „Nein“ zum Plebiszit durchzuführen. Ich habe auf die Gefahr hingewiesen, daß ein Hinauszögern des Demokratisierungsprozesses in Chile eine Destabilisierung für den ganzen lateinamerikanischen Kontinent zur Folge haben kann. Die chilenische Regierung hat mir — wieder einmal — Einmischung in die inneren Angelegenheiten vorgeworfen. Dazu möchte ich mit dem CDU-Grundsatzprogramm (Ziffer 151) antworten: „In unseren auswärtigen Beziehungen haben wir nicht nur die Aufgabe, die eigene, an den Grundwerten und Menschenrechten orientierte politische Ordnung zu schützen, sondern uns auch für unsere Werte in der Welt einzusetzen.“

3. Der von Pinochet geprägte Slogan „Ich oder das Chaos“ suggeriert eine Scheinalternative und will die demokratische Opposition diskreditieren. In meinen Gesprächen gewann ich den Eindruck, daß die Oppositionsparteien sich strategisch und inhaltlich weitgehend einig sind und eine ernstzunehmende sachliche Alternative zur Militärjunta darstellen. Sie haben allerdings den wesentlichen Wettbewerbsnachteil, daß sie sich in der chilenischen Öffentlichkeit nur sehr

unzureichend mitteilen können. Das Fernsehen ist fest in der Hand der Militärs, die Zeitungen unterliegen nach wie vor einer (Selbst)Zensur und nur zwei der etwa dreihundert im Lande sendenden Radiostationen können als unabhängig bezeichnet werden. Der Chefredakteur der bedeutenden Zeitschrift „Analysis“, Juan Pablo Cardenas, mit dem ich zusammentraf, berichtete von massiven Einschüchterungsversuchen gegen ihn selbst, seine Familie und seine Mitarbeiter und von massiver Behinderung seiner Arbeit. Er selbst ist zu 580 Tagen Nachhaft verurteilt, nach deren Abbüßung er eine weitere Strafe durch ein Militärgericht erwarten muß.

4. Von verschiedener Seite wird behauptet, daß Chile einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. In der Tat sprechen einige Indikatoren dafür. Bei der Gesamtbeurteilung muß man jedoch berücksichtigen, daß sich die Lage der breiten Massen erheblich verschlechtert hat. Über 90 Prozent der Arbeitnehmer hat in den letzten fünf Jahren keine reale Lohnerhöhung mehr erhalten; mehr als 80 Prozent können sich aufgrund der Gewerkschaftsgesetzgebung gar nicht gewerkschaftlich organisieren. Ich selbst habe Poblaciones in der Nähe von Santiago de Chile besucht, in denen bis zu 90 Prozent der Arbeitsfähigen ohne Arbeit waren und wo mehrköpfige Familien nur auf Grund gut organisierter Hilfe nationaler und internationaler Organisationen, insbesondere aber der katholischen Kirche, überleben.

Die Aussage Pinochets, er betreibe eine „economia social de mercado tipo aleman“ habe ich öffentlich zurückgewiesen und als eine Lüge bezeichnet. Die Wirtschaftspolitik der Militärjunta schafft nur Reichtum für wenige, insbesondere für die Militärs, während die Soziale Marktwirtschaft Wohlstand für alle will.

Denkschrift der EKD:**Die Notwendigkeit einer Neuordnung**

Auf die ungelösten Probleme und Defizite der Alterssicherung weist eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland „Alterssicherung — die Notwendigkeit einer Neuordnung“ hin. „Die Alterssicherung steht vor Herausforderungen, die in ihrer Dimension durchaus der Neuordnung des sozialen Systems nach dem Krieg gleichen“, heißt es in der Schrift.

Beklagt werden „vielfältige Ungereimtheiten, Ungerechtigkeiten und Defizite“ bei der Alterssicherung. Auf die zunehmende Altersarmut vornehmlich bei den älteren Frauen wird ebenso hingewiesen wie auf die ungelösten Probleme bei der Hilfe für pflegebedürftige alte Menschen und auf Schwierigkeiten von Geschiedenen und Alleinerziehenden sowie auf die unzureichende Anerkennung der Kindererziehungszeiten bei der Bemessung der Rente. Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten vergrößern sich zudem — so die Denkschrift — zwischen Männern und Frauen, zwischen Beschäftigten und Dauerarbeitslosen.

Mit großem Nachdruck werden die zu erwartenden Finanzierungsprobleme bei der Alterssicherung herausgestellt. Das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern werde sich so stark verändern, daß dann die Beiträge entweder erheblich zu steigen oder die Leistungen erheblich zu sinken drohen. Gesichert sei eine stabile, ausgewogene Finanzierung nur dann, wenn es rechtzeitig zu einer entschiedenen Neuordnung kommt.

In dem Vorwort des Vorsitzenden des Rates der EKD, Bischof Kruse, heißt es: „Die Denkschrift versucht, in einer Situation, in der fachspezifische und pragmati-

sche Modelle und Lösungswege diskutiert werden, auch ethische Grundfragen anzusprechen und mit der gegenwärtigen Fachdiskussion zu vermitteln.“ Denn „Vorsorge für das Alter und Fürsorge für die alten Menschen ist mehr als nur eine pragmatische Versorgungsregelung. Nach biblischem Verständnis geht es hier um die von Gott gebotene Annahme des alten Menschen (viertes Gebot) und damit zugleich um einen Akt der Vorsorge für das eigene Alter.“ Die alten Menschen sind in ihrem Anspruch auf Anerkennung ihrer Würde und Lebensleistung zu achten. Ausführlich geht die Denkschrift auf ethische Grundfragen der Alterssicherung ein und formuliert zentrale Leitsätze.

Die Denkschrift fordert eine langfristig stabile Finanzierung mit einer angemessenen Beteiligung des Staates an den Leistungen des sozialen Ausgleichs, eine umfangreiche Anrechnung von Kindererziehungszeiten (mindestens drei Jahre pro Kind) und eine bessere Absicherung des Pflegerisikos. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten halten die Autoren jedoch grundsätzlich am bisherigen System fest und betonen: „Es sind nicht zuerst völlig neue Regelungen notwendig. Es geht vielmehr darum, zunächst das bestehende Sicherungssystem zu bewahren, zu verbessern, Defizite abzubauen, Lücken zu füllen und dabei an den bewährten Grundprinzipien der Alterssicherung festzuhalten.“ Dies jedenfalls gilt für die kurz- und mittelfristigen Aufgaben.

Langfristig jedoch, so wird unterstrichen, muß es zu sehr viel einschneidenderen Änderungen kommen. Die Denkschrift

nennt eine Mindestsicherung von langjährig Versicherten, die im Alter kein ausreichendes Einkommen haben. Im Blick auf die „verschämte Armut“ alter Menschen sollten, so wird zu bedenken gegeben, zumindest für eine Übergangszeit direkte Hilfen (pauschalierte Sozialhilfesätze) für die Bedürftigen gewährt werden. Schließlich werden auch auf die Möglichkeiten einer stärkeren Flexibilisierung der Altersgrenze hingewiesen, damit Arbeitnehmer im Alter über die jetzt gültigen Grenzen hinaus weiterarbeiten können, wenn sie dies wollen.

Die Denkschrift wurde in mehrjähriger Arbeit von der Kammer der EKD für soziale Ordnung vorbereitet. Der Kammer gehören unter dem Vorsitz des Heidelberger Sozialethikers Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm unter anderem an: Prof. Dr. Günter Brakelmann (Bochum), Dr. Herta Däubler-Gmelin (Bonn), Beigeordneter i.R. Otto Fichtner (Kassel), Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (Berlin), Senator Ulf Fink (Berlin), Staatssekretärin Dr. Maria Herr-Beck (Mainz), Vizepräsidentin Ursula Engelen-Kefer (Nürnberg) und Ministerialdirektor Dr. Werner Tegtmeier (Bonn).

Norbert Blüm würdigt EKD-Denkschrift

„Die von der evangelischen Kirche in Deutschland vorgelegte Denkschrift zur Alterssicherung ist ein weiterer und besonders bedeutsamer Beitrag zu einem breiten Konsens in der Rentenpolitik“, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Besonders hob er das klare Bekenntnis der EKD zur Erhaltung unseres lohn- und beitragsbezogenen Rentensystems und die Ablehnung aller Überlegungen in Richtung auf eine steuerfinanzierte Grundversorgung hervor. Auch weitere wichtige Eckpunkte der Denkschrift — so die Forderung nach Sicherung

des Lebensstandards durch die Rente nach erfülltem Arbeitsleben, Sicherung des Generationenvertrages durch eine gleichgewichtige Entwicklung von Renten und verfügbarem Arbeitnehmer-einkommen, angemessene Beteiligung des Staates am Rentensystem — stimmen mit den Reformvorstellungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung und der Koalitionsparteien voll überein.

Norbert Blüm würdigte besonders auch die sozialetischen Orientierungen der Denkschrift. Sie machten deutlich, daß eine Politik für die alten Menschen weit mehr umfassen müsse als die dauerhafte Sicherung des Rentensystems. „Anerkennung und Integration der Alten, der Zusammenhalt der Generationen in Familie, Nachbarschaft und Gesellschaft sind eine Herausforderung, die mit der Veränderung des Altersaufbaus unserer Bevölkerung noch wachsen wird“, betonte Blüm.

Was jeder über Aids wissen sollte

In den kommenden Wochen werden die rund 17 500 Apotheken in der Bundesrepublik Deutschland sich noch stärker an der intensivierten Aids-Aufklärungskampagne des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit beteiligen: bundesweit werden sie die neue Aids-Aufklärungsbroschüre der Bundesregierung „Was jeder über Aids wissen sollte“, an alle interessierten Apothekenkunden abgeben. Zusätzlich werden Aufsteller und Plakate plaziert, die die wichtigsten Risiken der HIV-Infektion benennen, aber auch die risikofreien Bereiche im sozialen Umgang deutlich machen.

Deutschlandtag der Kritik und Nachdenklichkeit

„Träumen — Denken — Handeln — Zukunft für Mensch und Schöpfung“; dies war das Motto des diesjährigen Deutschlandtages der Jungen Union, der vom 20. bis 22. November 1987 in der Dortmunder Westfalenhalle stattfand. Nachgedacht wurde viel. Dies machte schon der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Christoph Böhr, in seinem Bericht deutlich.

Im Blick auf die Geschehnisse der vergangenen Wochen warnte er davor, daß sich die Parteienverdrossenheit zu einer allgemeinen Politikverdrossenheit wandeln könnte. Ohne die Lage dramatisieren zu wollen, sei es, so Böhr, bezeichnend, wenn heute 80 Prozent der Bürger keinen Glauben mehr an die Politik hätten.

Der eigenen Organisation und den Mutterparteien gab der Vorsitzende der Jungen Union zu bedenken, daß bei den letzten Wahlen SPD und Grüne in der Altersgruppe unterhalb der 45jährigen absolute Mehrheiten erhalten hätten. Hier gelte es anzusetzen, wenn die Union langfristig regierungsfähig bleiben wolle.

Dabei müsse berücksichtigt werden, daß sich die Erwartungen junger Menschen an die Politik gewandelt hätten: Offenheit, Fairneß und Ehrlichkeit sind das Gebot der Stunde. Böhr: Nicht jedes Interview ist ein Beitrag zur politischen Kultur.

Die Analyse Böhrs fand die ungeteilte Zustimmung der 310 Delegierten. Besonders die schleswig-holsteinischen Jungunionisten appellierten an ihre Freunde, vor Ort wachsam zu sein, und die Bedeu-

tung des Wortes „Macht“ in der Politik neu zu überdenken.

Neuwahlen

Vor der Diskussion stand die Wahl des neuen Bundesvorstandes der Jungen Union. Der bisherige Vorsitzende Christoph Böhr wurde mit 85,5 Prozent der Stimmen erneut an die Spitze der gemeinsamen Jugendorganisation von CDU und CSU gewählt. Als Stellvertreter wählten die Delegierten Joachim Herrmann aus Bayern sowie Thomas Kropp aus Nordrhein-Westfalen.

Von insgesamt drei Kandidatinnen für das Amt des Beisitzers konnten sich das bisherige Vorstandsmitglied Annette Busse aus Hamburg und neu die Berliner Kandidatin Cerstin Richter durchsetzen.

Neue Grundsätze

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen der Diskussion des „Bad Sodener-Entwurfes“ des neuen Grundsatzprogramms der Jungen Union Deutschlands. In drei Foren diskutierten die Delegierten engagiert zu den Themen „Mensch-Leben-Schöpfung“, „Subsidiarität-Geborgenheit“ und „Staat-Demokratie-Bürgerbeteiligung“. Die Diskussionsbeiträge ließen erkennen, daß manch neuer Gedanke im Entwurf durchaus auf Zustimmung der Mitgliedschaft stößt. Die engagierte Teilnahme in den Foren läßt auf fruchtbare Diskussionen im kommenden Jahr hoffen, die ihren Höhepunkt in der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms auf dem Deutschlandtag 1988 in Baden-Baden finden sollen.

Großartiger Vertrauensbeweis für Eberhard Diepgen

Ein Beispiel gegeben hat die Berliner CDU: Seit vergangenem Wochenende ist eine weitere Frau Mitglied des Landesvorstandes. Die gelernte Krankenschwester Marlies Wanjura, die sich beim Aufbau der Berliner Sozialstationen einen Namen gemacht hat, bereichert seit dem 75. Landespartei-tag der Berliner CDU die bisher vierköpfige Damenreihe um ein weiteres weibliches Mitglied.

Das Ziel ist, auch in den Orts- und Kreisverbänden zu einem Frauenanteil in Führungspositionen zu kommen, der dem Anteil der weiblichen CDU-Mitglieder entspricht.

Diepgen: Politik darf nicht alles

Die Berliner haben Vertrauen zu ihrem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen. Die Demoskopien bestätigen einen Zustimmungsgrad von fast $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung. Daß auch seine Partei geschlossen hinter ihm steht, zeigte sich an dem Wahlergebnis von mehr als 93 Prozent.

„Für uns waren die letzten zwei Jahre kein Zuckerschlecken“, spielte Diepgen in seiner Rede auf die Bauaffären an, „aber wir haben die Probleme angepackt und aufgearbeitet.“ Die Kieler Ereignisse hätten die Menschen wieder skeptischer gegenüber der Politik gemacht. Das C in unserem Parteinamen sollte uns zu mehr Bescheidenheit mahnen: „Politik ist nicht alles, kann nicht alles und — das ist eine wichtige Lehre der letzten Monate und Jahre — darf nicht alles.“

Auf fast allen Gebieten der Politik habe Berlin in den letzten Jahren Erfolge verbucht. Berlin sei wieder eine wachsende

Stadt, Berlin werde jünger, 40.000 neue Arbeitsplätze seien allein in den letzten beiden Jahren geschaffen worden, die 750-Jahr-Feier habe die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erregt und uns der Solidarität des freien Westens nochmals versichert.

Diepgen rief alle Berliner zu einem Ideenwettbewerb zur Gestaltung von Berlins Zukunft auf und sagte, er denke intensiv über eine Weltausstellung im Jahr 2000 nach, die in Berlin stattfinden und zeigen solle, wie die Technik in den Dienst der Humanität gestellt werden könne.

In seinem Schlußwort forderte Diepgen — nicht zuletzt angesichts der Ereignisse um die Ost-Berliner Zionskirche — die DDR-Führung auf, sich gegenüber den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung sensibler zu verhalten. Ein Rückfall in längst überwunden geglaubte Praktiken wäre auch ein Rückschlag für die Reputation der DDR selbst. Der Berliner CDU-Vorsitzende wies darauf hin, daß die Grundrechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit auch von der DDR mehrfach anerkannt wurden.

„Metropole und Hauptstadt der Deutschen“

So lautete das Motto des Parteitages. Der Generalsekretär der Berliner CDU, Klaus Landowsky, erläuterte das Parteitagsmotto: Dies sei „unser politisches Credo, unser Bekenntnis zu Berlin, unser Glauben an die Zukunft dieser Stadt“. Zwar sei die Aufgabenstellung der Tagespolitik vorrangig (die Menschen müssen wohnen, arbeiten und leben können). Doch Berlin brauche darüber hinaus eine „Stadtidee“.

CDU Bremen stellt Weichen für die künftige Arbeit

Die Bremer CDU setzte sich auf einem außerordentlichen Landesparteitag am vergangenen Samstag ausführlich mit dem Ergebnis der Bremischen Bürgerschaftswahl vom 13. September 1987 und den daraus abzuleitenden Konsequenzen für die künftige Arbeit auseinander.

CDU-Landeschef Bernd Neumann betonte in seiner Einführungsrede, daß das schlechte Abschneiden bei der Bürgerschaftswahl auf bundes- und landespolitische Fehler und Versäumnisse zurückzuführen sei. Bernd Neumann: „Es war nicht alles falsch, was wir in der Vergangenheit getan haben. Aber dennoch müssen wir rigoros darüber nachdenken, was künftig verbessert werden kann, um bei den nächsten Wahlen wieder deutliche Stimmengewinne und das Ziel einer Veränderung der politischen Mehrheiten in Bremen und Bremerhaven zu erreichen.“ Die Bremer CDU müsse sich als sach- und zukunfts kompetente Partei mit einem klaren, unverwechselbaren Profil präsentieren. Bernd Neumann selbstkritisch: „Darin lag unser Defizit. Es ist uns nicht gelungen, der CDU ein eindeutiges Image zu geben.“ Es komme nun darauf an, auf der Basis der bisherigen Grundsatzprogammatik die Stammwähler und Sympathisanten zurückzugewinnen und gleichzeitig neue Wählerschichten zu erschließen. Bernd Neumann forderte die rund 180 Delegierten auf, ein falsch verstandenes Harmoniebedürfnis abzulegen und verstärkt die programmatisch-inhaltliche Diskussion landespolitischer wie vor allem auch bundespolitischer Themen in allen Gliederungen der CDU zu führen.

Der neue Vorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Reinhard Metz, bezeichnete den Wahlsieg der SPD als einen „Pyrrhus-Sieg“. Nur wenige Wochen nach dem Wahltag werde der Senat von der Wahrheit eingeholt. Reinhard Metz: „Der Haushaltsentwurf für das Jahr 1988 ist bereits heute Makulatur. Die Blütenträume in Sachen Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisung sind natürlich nicht gereift. Wir wehren uns entschieden dagegen, daß der Finanzausgleich als eine parteipolitische Waffe gegen die Bundesregierung und gegen andere Bundesländer gebraucht wird.“ Reinhard Metz rief den Delegierten zu: „Wir werden nicht müde werden klarzumachen, daß selbst bei einer erneuten Klage in Karlsruhe Bremen keine finanzielle Perspektive erhält, wenn die Politik in Bremen sich nicht grundlegend ändert.“

Nach mehrstündiger, lebhafter Diskussion verabschiedeten die Delegierten mit überwältigender Mehrheit einen auf eine Klausurtagung des Landesvorstandes zurückgehenden Leitantrag. Danach sollen die innerparteiliche Diskussion angekurbelt, den Stadtbezirksverbänden ein größeres Mitspracherecht bei der Kandidatenaufstellung eingeräumt und der Anteil der Frauen in Ämtern und Mandaten in spätestens vier Jahren so erhöht werden, daß er ihrem Anteil an der Zahl der Mitglieder entspricht.

Bernd Neumann ermunterte die Delegierten abschließend, trotz der Wahlniederlage, „den Kopf nicht einzuziehen, sondern mit Optimismus und Selbstbewußtsein die vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen.“

Hessens CDU verabschiedet Leitsätze zur „Verantwortung in Partnerschaft“

Selten dürfte ein Parteitag der hessischen CDU so gut besucht gewesen sein wie die jüngste Delegiertenzusammenkunft in Fulda. Zum ersten Landesparteitag der Hessen-Union nach dem Regierungswechsel im Lande kamen neben den rund 450 Delegierten noch einmal fast 400 Gäste in einen proppenvollen Saal. Rund 40 Prozent der Anwesenden waren weiblich. Kein Wunder, denn als erster CDU-Landesverband überhaupt beschäftigte sich die hessische Union unter dem Motto „Verantwortung in Partnerschaft“ praktisch einen kompletten Parteitag mit der Frauenpolitik.

Eine erfolgreiche Bilanz der CDU/FDP-Koalition in Wiesbaden zog zu Beginn des Parteitags der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Walter Wallmann: „In nur sieben Monaten hat diese Koalition mehr erreicht als SPD-Vorgängerregierungen in vielen Jahren“. Als Beispiele konnte Walter Wallmann das Schulfreiheitsgesetz, die Ausländererlasse, die Entscheidungen zu den Nuklearunternehmen in Hanau und die Fortschritte in der Abfallpolitik anführen. Ausdrücklich warnte Wallmann alle Verantwortlichen davor, sich auf Kosten der Sache und der Gemeinschaft zu profilieren. Aufgabe der hessischen CDU sei es, mit ihrer schon „legendären Geschlossenheit“ das Land mit Leistung, Sachlichkeit und Einsatzbereitschaft wieder nach vorne zu bringen. Zum Parteitagsthema räumte der CDU-Landesvorsitzende selbstkritisch ein, die Frauen hätten in der Union wie aber auch in den Führungsetagen von Wirtschaft, Verwaltung und Medien noch

„nicht das Gewicht“, wie es ihrer Zahl und Leistung entspreche. Dem Parteitag komme eine Signalwirkung zu.

Eindeutige „Schieflagen zwischen den Geschlechtern“ stellte Bundesministerin Rita Süßmuth vor den Delegierten und Gästen in der Fuldaer Orangerie fest. Nach wie vor ungelöst aber zentral sei das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Familienpolitik müsse neu gewichtet werden, wobei der derzeitige Anteil von zwölf Prozent Teilzeitarbeitsplätzen zu niedrig sei. Im Blick auf eine unzureichende Vertretung von Frauen in politischen Ämtern bezeichnete es die Ministerin als eine Frage der Glaubwürdigkeit der Demokratie und eine Frage des „grundlegenden Verständnisses der Zukunfts- und Gegenwartsverantwortung“, daß „Frauen und Männer partnerschaftlich gemeinsam politische Verantwortung übernehmen“. Es gehe nicht um „Politik für Frauen, sondern um Politik mit und durch Frauen“.

Von einem Nachholbedarf beim Thema Gleichberechtigung sprach vor den Delegierten auch die Bevollmächtigte der hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten, Otti Geschka (CDU). Von der CDU erwartet sie eine Frauenpolitik, die die im Grundgesetz garantierte Gleichberechtigung in allen Bereichen des täglichen Lebens zur „praktizierten Selbstverständlichkeit“ werden läßt.

Die verabschiedeten Leitsätze der hessischen CDU zur Frauenpolitik sollen auch das Bewußtsein von Partei und Öffentlichkeit ändern helfen. Hessens CDU-Generalsekretär Franz Josef Jung sieht in ihnen eine Grundsatzentscheidung der Partei, die Thematik soll jetzt auch in den

Nordseeschutzkonferenz:

Durch zähes Verhandeln zum Erfolg

Die zweite Internationale Nordseeschutzkonferenz verlief erfolgreich. Dies ist vor allem dem nachhaltigen Einsatz von Bundesumweltminister Klaus Töpfer zu verdanken, der im Vorfeld der Konferenz durch intensive Gespräche mit seinen Ministerkollegen aus den Anrainerstaaten den Weg für konkrete Beschlüsse zum Schutz der Nordsee geebnet hat.

Ein wichtiger Erfolg für die Umwelt ist, daß die Verbrennung von Chemikalien auf See bis Ende 1990 um 65 Prozent verringert und bis 1994 sogar ganz eingestellt werden soll. Als Konsequenz daraus müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um das Entstehen von Sonderabfällen zu vermeiden und für die verbleibenden Schadstoffe Verbrennungsanlagen an Land zu errichten. Dabei kommt es darauf an, durch Aufklärung und Diskussion die Akzeptanz solcher Anlagen in der Bevölkerung zu erhöhen.

Nach dem Vorbild der Nordseeschutzkonferenz gilt es jetzt die von Bundesumweltminister Töpfer entwickelte Idee einer Elbe-Konferenz aufzugreifen, um den Schadstoffeintrag in die Elbe und

ihre Nebenflüsse drastisch zu verringern. Eine konzertierte Aktion zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der Tschechoslowakei zur Verbesserung der Wasserqualität der Elbe sollte federführend von der niedersächsischen Landesregierung organisiert und durchgeführt werden, erklärt der Vorsitzende des Bundes-Fachausschusses, MdL Kurt Dieter Grill.



Mehr Ausbildungsplätze als im Vorjahr

Nach den neuesten Zahlen waren für den Monat Oktober 1987 bei der Bundesanstalt für Arbeit 28.000 mehr freie Ausbildungsplätze gemeldet als im Oktober des Vorjahres (+ 11,5 %). Dem stand ein Rückgang der gemeldeten Bewerber um 30.283 (- 12,8 %) gegenüber. Diese Zahlen bekräftigen, daß die Lage am Ausbildungsmarkt sich erheblich verbessert hat. Sie ist ein deutlicher Erfolg der Politik der CDU-geführten Bundesregierung und ihrer Appelle an Wirtschaft und Verwaltungen, über Bedarf auszubilden.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Orts- und Kreisverbänden der hessischen Landespartei entschlossen aufgegriffen werden.

Ausdrücklich wird in den Leitsätzen herausgestellt, daß Männer und Frauen nicht auf bestimmte Rollen festgelegt werden sollen. Beide müßten frei wählen können, wie sie ihren Lebensweg gestalten wollten. Die Entscheidung eines Elternteils, sich während der ersten Lebensjahre intensiv der Kindererzie-

hung widmen zu wollen, müsse ausdrücklich anerkannt werden. Damit dieser Entschluß nicht zu Nachteilen führt, spricht sich die hessische CDU mit Entschiedenheit dafür aus, die Rückkehrmöglichkeiten in den Beruf zu verbessern. Ausdrücklich legte sich die Partei in Fulda auch die Selbstverpflichtung auf, das Mißverhältnis zwischen der Zahl der weiblichen Mitglieder und der Zahl weiblicher Mandats- und Funktionsträgerinnen zu beseitigen.

Für Verschärfung des Vermummungsverbots

Nach einer Sitzung des Vorstandes des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) erklärte dessen Vorsitzender, der baden-württembergische Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten Heinz Eyrich: Vor dem Hintergrund einer erhöhten Gewaltbereitschaft und einer neuen Qualität der Gewaltanwendung ist ein strafbewehrtes Vermummungsverbot zwingend erforderlich.

Der Rechtsstaat muß ein eindeutiges Zeichen setzen:

- Zum Schutz der Demonstrationsfreiheit; friedliebende Demonstranten müssen ihre grundgesetzlichen Rechte in Anspruch nehmen können, ohne Ausschreitungen befürchten zu müssen.
- Für die vielen Polizeibeamten, die Leib und Leben für den inneren Frieden einsetzen.
- Für die Sicherung der Bürger, die mit zunehmender Eskalation der Gewalt bei Demonstrationen nicht nur um ihr Eigentum, sondern um ihre Gesundheit fürchten müssen.

Die Gegner eines strafbewehrten Vermummungsverbot beurteilen die Dinge aus einer verzerrten Perspektive. Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit werde nicht vom Vermummungsverbot, sondern allein von den vermummten und bewaffneten Gewalttätern in Frage gestellt.

Ehrung für Gerhard Zeitel

Der Ehrenvorsitzende der Bundesmittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) Prof. Dr. Gerhard Zeitel feierte am 25. November 1987, seinen 60. Geburtstag bei einem Empfang im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Gerhard Zeitel war 10 Jahre lang von 1977 bis 1987 Bundesvor-

sitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) und hat ein volles Jahrzehnt die Politik der Mittelstandsvereinigung geprägt. Er wurde auf dem diesjährigen Bundeskongreß einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der Mittelstandsvereinigung gewählt. Auch seine Wahl zum Vizepräsidenten der Europäischen Mittelstands-Union EMSU in diesem Jahr erfolgte einstimmig.

Neuer Obmann

Der CDU-Abgeordnete Karl Franz Lamers ist einstimmig von der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Obmann der Fraktion im Unterausschuß Rüstungskontrolle und Abrüstung und damit zum Nachfolger des Abgeordneten Todenhöfer gewählt worden.

Unterhaltsleistungen werden erhöht

Um den Anstieg der Lebenshaltungskosten auszugleichen, werden die Unterhaltssicherungs-Leistungen für Wehrpflichtige, die zum Grundwehrdienst, Zivildienst und zu Wehrübungen einberufen werden, rückwirkend zum 1. Juli 1987 um etwa 30 Prozent angehoben. Die letzte Erhöhung war 1979 in Kraft getreten. Die Leistungen für den Familienunterhalt Verheirateter werden künftig nicht mehr wie bisher nach Tabellensätzen, sondern nach einheitlichen Prozentsätzen — Ehefrau 60 Prozent, Kind zwölf Prozent — des jeweiligen Nettoeinkommens vor der Einberufung bemessen. Der Höchstbetrag für die Mietbeihilfe, die Wehrpflichtige beanspruchen können, steigt von gegenwärtig 420 Mark auf 510 Mark monatlich. Neu eingeführt wird ein Mindestbetrag von 960 Mark im Monat für Ehefrauen, die für ein oder mehrere im Haushalt lebende Kinder zu sorgen haben.

35. Bundesparteitag

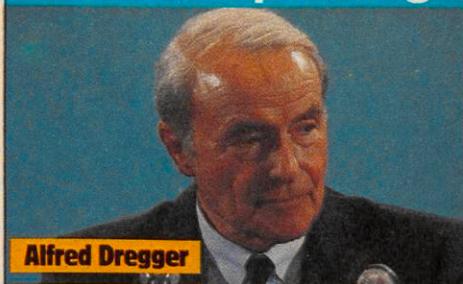


Helmut Kohl

**Für eine gute Zukunft:
Politik der Mitte**



35. Bundesparteitag

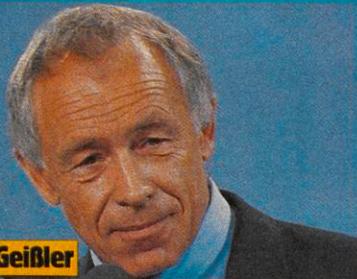


Alfred Dregger

**Richten wir den Blick
nach vorn**



35. Bundesparteitag



Heiner Geißler

**Vertrauen
wiedergewinnen**



Neue Broschüren

Die Reden vom 35. Bundesparteitag sind jetzt auch als Broschüren erhältlich.

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:
25,— DM zuzügl. MwSt.

Helmut Kohl Bestell-Nr. 3044

Heiner Geißler Bestell-Nr. 3045

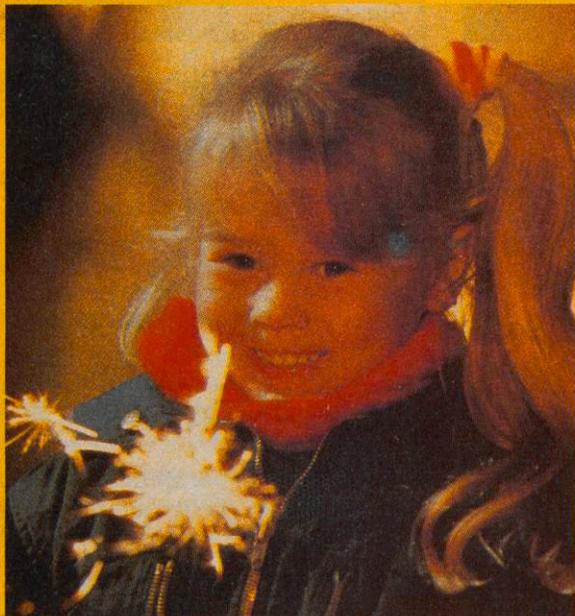
Alfred Dregger Bestell-Nr. 3046

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28, 4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Frohes
Fest



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UiD

38/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** WA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.